

Wort des Bischofskonventes zur Atompolitik Atomkonsens nicht aufkündigen

Der Bischofskonvent der EKM teilt die Besorgnis vieler Menschen innerhalb und außerhalb unserer Kirche über den Beschluss der Bundesregierung zur Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken. Er bittet den Landeskirchenrat und die Landessynode sich mit den Auswirkungen des sog. Atomkompromisses zu befassen.

Wir sehen den Menschen als Geschöpf Gottes. Der Mensch hat den Auftrag, die Erde zu hüten und zu bewahren. Er darf sich nicht zum Despoten über die Natur aufschwingen, sondern muss die Grenzen seiner Möglichkeiten achten. Dabei steht unsere heutige Generation in der Verantwortung für die nach uns Lebenden. Besonders unser Umgang mit Energie ist eine Last für die Mitgeschöpfe nach uns. Die Nutzung der Atomenergie bürdet unseren Kindern und Kindeskindern und noch vielen Generationen nach ihnen unanschätzbare Risiken auf. Das Problem der Endlagerung ist bis heute ungelöst.

Wir erkennen das ethische Dilemma, in dem jede Regierung steht, die gleichzeitig Wege zur baldigen CO²-Reduzierung wie auch zum Atomausstieg suchen muss. Wir erkennen aber ebenso dankbar, dass der bisher geltende Atomkonsens wesentlich zu einer ökologischen Umorientierung unserer Gesellschaft beigetragen hat. So hat die Energiepolitik aller Regierungen der vergangenen 10 Jahre bewirkt, dass sich der Sektor der Erneuerbaren Energien in Deutschland sehr erfolgreich entwickelt hat. Wir sehen, wie besonders einige Regionen Mitteldeutschlands an der Entwicklung alternativer Technologien beispielhaft partizipieren konnten. Diese Dynamik ist insgesamt stärker als sie 2001 erwartet wurde.

Vor diesem Hintergrund verstehen wir nicht, wieso die Basis des Atomkonsenses von 2001 verlassen wurde. Wir können nicht nachvollziehen, wieso längere Laufzeiten von Kernreaktoren für einen stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien Voraussetzung sein müssen. Angesichts der Tragweite dieses Regierungsbeschlusses aber, der wieder stärker auf die Atomkraft setzt, vermissen vor allem Nachvollziehbarkeit und Transparenz.

Wir befürchten, dass mit dem Abgehen vom vereinbarten Atomausstieg für 2025 auch ein gesellschaftlicher Konsens gefährdet ist, der dem Frieden in unserem Lande diene. Wir befürchten, dass in der Diskussion sich die ideologischen Grabenkämpfe der alten Bundesrepublik wiederholen, und dabei diejenigen Kräfte geschwächt werden, die eine nachhaltige Energiepolitik vor allem regional entwickeln wollen.

Wir fordern die Regierenden in Berlin auf, für einen umfassenden energiepolitischen Diskurs in unserem Land zu sorgen. Es sind unser aller Kinder und Enkel und deren Kinder und Kindeskindern, für die hier entschieden wird. Wir bitten daher auch alle Ebenen unserer Landeskirche, das Thema unseres Umgangs mit Energie umso bewusster aufzugreifen und eigene Ideen im Rahmen der Kampagne „Klimawandel – Lebenswandel“ im Jahr 2011 einzubringen.

Magdeburg am 16.9.2010

Landesbischofin Ilse Junkermann

Propst Christoph Hackbeil, Regionalbischof für den Propstsprengel Stendal-Magdeburg

Pröpstin Margitta Krüger, Regionalbischofin für den Propstsprengel Meiningen

Propst Siegfried Kasparick, Regionalbischof für den Propstsprengel Halle-Wittenberg

Propst Martin Herche, Regionalbischof für den Propstsprengel Halle-Wittenberg

Propst Hans Mikosch, Regionalbischof für den Propstsprengel Gera-Weimar

Propst Reinhard Werneburg, Regionalbischof für den Propstsprengel Eisenach-Erfurt